

6_2015

DAS PROGRESSIVE ZENTRUM

In Kooperation mit:
Konrad-Adenauer-Stiftung
Stiftungsverbund der
Heinrich-Böll-Stiftungen

DISCUSSION PAPER

September 2015

Fabian Voß und Marie Wachinger

Offen, flexibel und vielseitig

Wie Parteiengagement ohne Mitgliedschaft funktionieren kann

In einer höchst individualisierten und mobilen Welt sollten Parteien ihre Strukturen für Menschen öffnen, die sich auch abseits der aktiven Mitgliedschaft für Parteien engagieren möchten. Dieses Discussion Paper blickt auf den gesellschaftlichen „Megatrend“ der Individualisierung und die Gruppe von potenziell engagementbereiten Nichtmitgliedern. Darüber hinaus werden Hinweise gegeben, wie sozial „entkoppelte“ Milieus durch offene Strukturen re-politisiert werden können und was Parteien in Sachen Flexibilität von NGOs lernen können. Wir argumentieren, dass die strukturelle Öffnung der Organisation auch mit einer offeneren Haltung einhergehen muss, bevor jeweilige Einzelmaßnahmen auf der Angebotsebene ihre Wirkung entfalten können.

Einleitung

NICHT WARTEN, SONDERN HANDELN!

Ein alleinerziehender Vater; eine Frau, die den halben Monat am anderen Ende der Welt arbeitet; ein älterer Herr im Rollstuhl; eine Studentin, die ihr Studium durch Kellnern finanziert; ein blinder Auszubildender; eine Seniorin mit viel Zeit; ein Arzt mit Migrationshintergrund. All diese Menschen mit ihren unterschiedlichen Lebenswelten gehören zu einer diversen Gesellschaft – und noch viele mehr. Im Durchschnitt engagiert sich ein Drittel von ihnen ehrenamtlich.¹

Gleichzeitig laufen den politischen Parteien, den gesellschaftlichen Brücken in die Politik schlechthin, die Mitglieder weg. Wie passt das zusammen? „Politikverdrossenheit“ in der Bevölkerung wird zwar oft als Hauptgrund dafür vorgeschoben, kann aber angesichts des hohen gesellschaftlichen Engagements nicht der einzige sein. Der Mitgliederschwund hat vor allem mit einer Tendenz zur Individualisierung der Lebensstile zu tun: Viele Bürgerinnen und Bürger sind heutzutage zurückhaltender, sich ideologisch an eine Partei zu binden. Sie möchten die zeitliche und inhaltliche Gestaltung des

1. Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Hauptbericht des Freiwilligen survey 2009. http://www.dza.de/fileadmin/dza/pdf/fws/BMFSFJ_2010_FWS_2009_Hauptbericht_Zusammenfassung.pdf, S. 4

eigenen Engagements selbst in der Hand haben. Doch auch die strukturelle Starre der Parteien bereitet Probleme. Alle oben genannten fiktiven Interessenten sollten ihren Platz in einer Partei der Zukunft haben, auch wenn das kostenfreie Kinderbetreuung bei Sitzungen, Online-Vernetzung mit Abwesenden, Engagement für einen kurzen Zeitraum, Mobilitätshilfe für körperlich Eingeschränkte, Aufwandsentschädigung der Engagementzeit für Geringverdiener und Übersetzungsangebote für Nichtmuttersprachler erfordert. Überspitzt gesagt: Der gute alte Stammtisch im Ortsverband reicht einfach nicht mehr aus.

Der gute alte Stammtisch im Ortsverband reicht nicht mehr aus.

Was also können Parteien tun, um engagierte Mitglieder der Gesellschaft wieder vermehrt anzuziehen? Und welche Möglichkeiten haben sie, um auch für jene zwei Drittel interessant zu sein, die sich momentan gar nicht engagieren möchten oder können?

Wenn Parteien mehr Engagierte in ihren Reihen sehen wollen, müssen sie Angebote für Interessierte schaffen, die sich von den bisherigen unterscheiden. Sie sollten ihre Strukturen hinterfragen, zu denen auch das Prinzip der Mitgliedschaft selbst gehört. Denn warum sollte Parteimitgliedschaft die einzige Möglichkeit sein, sich politisch in einer Partei zu engagieren? Wenn Menschen heute zögerlicher sind, sich ideologisch und organisatorisch/strukturell an eine Institution zu binden, sollten Parteien das respektieren, zumindest müssen sie es akzeptieren. Sie können ihnen aber dennoch Mitmachangebote bereitstellen, ebenso wie sie weiterhin Mitglieder anwerben können und sollen. Wir glauben auch, dass das möglich ist, ohne automatisch eine Abwertung des Mitgliedsstatus hervorzurufen.

Die zentrale Fragestellung dieses Papiers lautet daher:

Wie können Parteien auch für Nichtmitglieder attraktive und flexible Mitmachangebote entwickeln? Unsere Thesen:

1. Die **Individualisierung** der Lebensstile in Deutschland schreitet stetig fort und wird absehbar die Menschen immer weniger an eine einzige ideologische Institution binden. Die sich weiter ausdifferenzierenden Lebensentwürfe der Menschen haben Auswirkungen auf ihre strukturellen Möglichkeiten, sich zu engagieren. Das betrifft zum Beispiel die physische Präsenz, Mobilität, Zeiteinteilung und Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Darauf müssen Parteien reagieren.
2. Die Gruppe der **potenziell Engagierten** ohne Parteimitgliedschaft ist divers, flexibel und gut gebildet. Sie braucht Anreize für selbstwirksames Engagement, sowie die Möglichkeit, jenseits des Ausübens von Ämtern gesellschaftlich etwas bewirken zu können. Parteien werden aus dem Potenzial der möglichen Aktiven schöpfen können, wenn sie sich entscheiden, mit Angeboten und Anreizen eine Willkommenskultur für engagierte Bürger zu kreieren – anstatt zu warten, dass die potenziellen Engagierten sich an Parteistrukturen anpassen.
3. Menschen aus „**abgehängten Milieus**“ engagieren sich unterdurchschnittlich viel. Neben gesellschaftlicher Verdrossenheit hat das auch mit fehlenden materiellen Voraussetzungen zu tun. Aufgrund der andersartigen Hemmschwellen als bei potenziellen Engagierten können sie unter Umständen leichter durch „harte“ Anreize wie eine Vergütung angeworben werden.
4. Parteien können von **anderen Organisationen** wie NGOs lernen und vermehrt mit ihnen kooperieren. Gut funktionierende Prozesse wie das Management von Wahlkämpfen sollten als Best Practices verbreitet werden.

Individualisierung – Narrative und soziale Bindung

Die Individualisierung der Lebensstile schneidet gleich zwei Themen an, die in der gesellschaftlichen Diskussion gern vermischt werden: Zum einen das klassische makrosoziologische Phänomen der Individualisierung, zum anderen den Individualismus als persönliche Präferenz oder Attitüde.² Die makrosoziologische Individualisierung betrifft Parteien vor allem in puncto Auflösungserscheinungen homogener sozialer Schichten und der Bindung an gesellschaftliche Großgruppen. Lebensläufe à la „Von der Wiege bis zur Bahre“ gibt es heute nur noch in den seltensten Fällen.

„Von der Wiege bis zur Bahre“ ist passé.

Für politische Großorganisationen hat dies unmittelbar Konsequenzen: Erstens wählen bestimmte Zielgruppen nicht mehr automatisch „ihre“ Partei, zweitens besteht eine geringere Wahrscheinlichkeit, dass bestimmte Milieus automatisch mit einer Partei sympathisieren oder eintreten. Drittens ist den Parteien kein automatischer Weg in bestimmte gesellschaftliche Gruppen geebnet, was für die Programmatik und Interessensaggregation von großer Bedeutung ist.

In diesem Individualisierungsprozess, in dem es nicht mehr das eine Narrativ für individuelle Biographien gibt, haben Parteien einen weiteren Nachteil - sie haben ihre „Geschichten“ verloren: Das erfolgreiche Gegenmodell zum Sozialismus im Falle der CDU, die Partei der Arbeiterbewegung als Teil der Identität in der SPD, der Atomausstieg bei den Grünen. Das erklärt die Parallele zwischen makrosoziologischer Erosion gesellschaftlicher Schichten und dem Wegfall der über Jahrzehnte andauernden milieu-spezifischen Narrative; und dadurch auch die verlorene Anziehungskraft für potenzielle Mitglieder.

Das zweite Konzept, der gesellschaftliche Individualismus, umfasst die Frage des Lebensstils jedes Einzelnen.³ Hier geht es um Fragen der Karriere, der Freizeitgestaltung, der souveränen Zeiteinteilung und des Habitus. Es sind vor allem die Bereiche Diversität und Mobilität, in denen es Parteien an Flexibilität fehlt. Sie verlangen von Mitgliedern mitunter eine hohe Anpassungsbereitschaft, wenn es um den erwarteten Zeitaufwand für die politische Arbeit und den organisationstypischen Habitus geht. Wer mit dabei sein möchte, sollte Mitglied sein und sich mit dem Innenleben der Organisation möglichst gut arrangieren. Ein Rollenkonformismus in diesem Sinne ist von potenziellen Engagierten jedoch nicht mehr gewollt.

Gleiches gilt für die erhöhte Mobilität: Möchte eine auf Ehrenamt und Freiwilligkeit beruhende Organisation heute zukunftsfähig bleiben, sollte für sie nicht die Prämisse gelten, dass ihre Aktiven zur Ortsvereinsitzung gehen müssen, um thematisch mitzuarbeiten. Dadurch verprellen Parteien schlichtweg potenziell Engagierte, die sich flexible Möglichkeiten des Mitmachens erhoffen. Wer zwischenzeitlich ins Ausland geht, sollte in einer Arbeitsgruppe mitarbeiten können, wer in eine andere Stadt geht, sollte sich ohne Probleme und Mitgliedschaftsformular in einem Projekt engagieren können. Parteien ermöglichen diese zeitgemäße Form des Engagements aktuell wenig bis gar nicht. Gebraucht sind flexible Modelle des Mitmachens, von virtueller Partizipation bis hin zur projektorientierten Arbeitsweise, mit der Parteien Strukturen schaffen, die das Engagement mobiler Menschen ermöglichen.

EINE FRAGE DER HALTUNG

In erster Linie ist die Abnahme des parteipolitischen Engagements durch Individualisierung und erhöhte Mobilität nicht mit einzelnen, kleinen Veränderungsmaßnahmen in Parteien zu lösen. Hier geht es um die grundsätzliche Haltung von Parteiorganisationen:

- Wie geht die Organisation und wie gehen lokale Gruppen mit der Vielfalt ihrer Ehrenamtlichen um?
- Möchte eine Partei sich für Menschen öffnen, die unter Umständen für ein oder zwei Monate aktiv sind und danach nicht wiederkommen?

2. Beck, Ulrich (2008): Jenseits von Klasse und Nation: Individualisierung und Transnationalisierung sozialer Ungleichheiten, Soziale Welt, 59. Jahrg., H.4 (pp. 301-325), Nomos Verlag.

3. Schulze, Gerhard (2005): Die Erlebnisgesellschaft: Kultursoziologie der Gegenwart, Campus Verlag, Frankfurt.

- Wie homogen muss die „geistige“ Bindung an die Partei sein: sollten Grundwerte übereinstimmen oder dürfen punktuell auch Engagierte aus anderen politischen Lagern oder Weltanschauungen mitarbeiten?
- Sollten Engagierte die Möglichkeit haben, zeitlich flexibel und an verschiedenen Orten mitzugestalten?
- Sollten Engagierte auch Parteimitglieder sein oder dazu bewegt werden?

Wenn es um die Öffnung für Nichtmitglieder geht, müssen Parteien hierauf Antworten finden, um zu einer klaren Haltung zu kommen. Neben einer selbstkritischen Auseinandersetzung mit diesen Fragen bietet es sich für Parteien auch an, gezielt Zielgruppen zu analysieren. Die nächsten beiden Kapitel betrachten daher zwei unterschiedliche Zielgruppen-Pools: Die Menschen, die sich grundsätzlich ein Engagement ohne Mitgliedschaft in Parteien vorstellen können (es aber noch nicht tun), sowie die Menschen, die wenig Anschluss an Politik haben und oft als „prekäre Milieus“ bezeichnet werden.

Die Gruppe der Nichtmitglieder und Wege der Mobilisierung

Parteien wissen wenig über potenziell Engagierte. Getreu der Einstellung „Wir bieten mal etwas Flexibles an und dann wird sich schon der oder die ein oder andere melden“ werden sie trotzdem nicht erfolgreich für Engagement werben können. Die Zielgruppe muss möglichst passgenau abgeholt werden. Dafür lohnt sich zunächst ein Blick auf die Empirie, um sich der Gruppe ein Stück weit zu nähern. Auf Grundlage der „Potsdamer Mitgliederstudie“ wurde das Mobilisierungspotenzial der Parteien für Menschen berechnet, die sich ohne Mitgliedschaft ein grundsätzliches Engagement in Parteien vorstellen könnten. Dieses liegt je nach Altersgruppe bei 6-11% der Gesamtbevölkerung.⁴

4. Klein, Markus (2006): Partizipation in politischen Parteien. Eine empirische Analyse des Mobilisierungspotenzials politischer Parteien sowie der Struktur innerparteilicher Partizipation in Deutschland. Politische Vierteljahresschrift, Vol. 47, S. 35-61.

Zum Vergleich: Nicht einmal 2% der Bevölkerung sind Mitglieder einer Partei.⁵

6-11% der Bevölkerung können sich Engagement in Parteien vorstellen.

Diese Gruppe unterscheidet sich von Parteimitgliedern vor allem in den persönlichen Motiven und Anreizen für politisches Engagement. Mitglieder zeichnen sich oft durch vergleichbar starke normative Anreize aus, wie beispielsweise dem Einfluss aus dem sozialen Umfeld durch Familie und Bekanntenkreis. Die Wahrscheinlichkeit, ohne Parteimitgliedschaft potenziell aktiv zu sein, wird hingegen stärker durch altruistische Elemente beeinflusst. Dazu zählt die allgemeine Verantwortung als BürgerIn für politische Belange. Auch geben die potenziellen Aktiven eine höhere subjektive politische Eigenkompetenz an, trauen sich also eher zu, Verantwortung in einem politischen Kontext zu übernehmen.

Potenziell aktive Nichtmitglieder sind eher demokratiezufrieden und besitzen einen formal hohen Bildungsabschluss. Was aber hält sie von einer Mitgliedschaft ab? Der Studie zufolge erscheinen dieser Gruppe die „Kosten“ für eine Mitgliedschaft zu hoch. Diese sind allerdings nicht primär finanzieller Art: Darunter fallen die eher hohe Zeitintensität und die Arbeitsbelastung von Parteiveranstaltungen neben dem Hauptberuf. Des Weiteren fehlen die für eine Mitgliedschaft durchaus entscheidenden normativen (siehe oben) und expressiven Anreize. Letztere beschreiben das Ausdrücken von Sympathie für eine Partei oder auch den Eintritt in eine Partei aufgrund bedeutender Persönlichkeiten.

Was den potenziellen Nichtmitgliedern folglich an Parteien fehlt, ist eben jene „Attraktivität“, die in der Vergangenheit viele Menschen zu einer Mitgliedschaft bewegt hat. Dazu zählen expressive Attraktoren wie polarisierende Figuren à la Willy Brandt oder eine normative Beeinflussung durch eine milieuspezifische oder familiäre Prägung. Die daraus folgende Anziehungskraft von Parteien ist heutzutage zwar schwach,

5. Laut Niedermayer, O. (2014): Parteimitglieder in Deutschland (<http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/schriften/Arbeitshefte/index.html>) haben die sieben größten Parteien zusammen 1.289.183 Mitglieder. Bei einer Gesamtbevölkerung von 80,62 Millionen Menschen sind das 1,6%. Dazu kommen noch Mitglieder kleinerer Parteien.

kann aber durch andere Stimuli für Engagement ausgeglichen werden. Eine Möglichkeit dafür sind Angebote, aus denen sich Menschen persönliche Vorteile erhoffen. Exemplarisch dafür ist das Streben nach Ämtern innerhalb der Partei oder im örtlichen Stadtrat. Insbesondere bei jüngeren Leuten ist diese Motivation verbreitet. Das Problem liegt allerdings darin, dass diese „Privilegien“, wie die Kandidatur für ein öffentliches Amt, Mitgliedern reserviert sind. Aus gutem Grund: Würde man Nichtmitgliedern diese Möglichkeiten „zugestehen“, so käme es unter Umständen zu einer Entwertung des mitgliedschaftlichen Engagements, bis hin zu der Frage: „Mitgliedschaft? Wozu eigentlich noch, wenn jede/r ein Amt ausüben darf?“.

Es gibt folglich zwei mögliche Handlungsstränge für Parteien. Der erste und faktisch kaum beeinflussbare Weg führt über das Werben um das Engagement der Nichtmitglieder durch Weltanschauung, Milieuzugehörigkeit und die Identifikation mit einem „großen“ politischen Ziel.⁶ Der zweite und fast unumgängliche Strang setzt auf die aktive Einbindung potenziell Aktiver über alternative Anreize; es geht um eine Grundhaltung, die interessierten Menschen signalisiert: „Hier kannst Du etwas bewegen, auch ohne Dich dafür an uns binden zu müssen.“ Parteien müssen einen Raum bieten, in dem Menschen auch ohne Mitgliedschaft das Gefühl haben, dass sie durch ihr Handeln etwas bewegen können. Parteien werden aus dem Potenzial der möglichen Aktiven schöpfen können, wenn sie sich entscheiden, mit Angeboten und Anreizen eine Willkommenskultur für engagierte BürgerInnen zu kreieren, anstatt zu warten, dass die potenziellen Engagierten sich an Parteistrukturen anpassen.

MÖGLICHE MASSNAHMEN FÜR PARTEIEN IM UMGANG MIT POTENZIELLEN ENGAGIERTEN OHNE MITGLIEDSCHAFT

Bei der Umsetzung dieser Ziele sollten Parteien zwei wesentliche Aspekte berücksichtigen: Erstens sollte es um konkrete politische Themen oder Aktionen gehen, zweitens muss deutlich werden, dass der oder die Engagierte konkret etwas bewegen kann. Parteien könnten **auf lokaler Ebene die Arbeitsweisen des modernen Projektmanagements adaptieren.**

Gibt es eine Aktion oder ein Anliegen, das eine Partei in der Stadt vorantreiben möchte, kann sie engagierte Bürger wirkungsvoll einbeziehen, indem sie

- über eine Online-Plattform für Freiwillige die Mitarbeit in Projekten ausschreibt, gezielt auf interessierte Menschen zugeht und dabei Anforderungen und Erwartungen kommuniziert
- Projektideen, die von außen kommen, auf der Online-Plattform und in Präsenzsitzungen darstellt und dabei gemeinsam mit interessierten Menschen Projekte entwickelt und diskutiert
- das Projekt steuert, klare Rollen verteilt und eine flexible aber verbindliche Kommunikation sicherstellt
- Planung, Arbeitsschritte und Ziel kommuniziert und mit Engagierten gemeinsam erarbeitet
- Ziele und Bedürfnisse der Engagierten abfragt und reflektiert

Modernes Projektmanagement und Zertifikate für Mitarbeit machen Engagement attraktiver.

Um die Angebotsseite für potenziell Engagierte zu stärken und Anreize für ein Engagement auch ohne Mitgliedschaft zu stärken, können Parteien innerhalb der skizzierten Projektarbeit (aber auch darüber hinaus) **Zertifikate für die Mitarbeit** ausstellen, die

- Formal das geleistete ehrenamtliche Engagement würdigen
- Karrierefördernde Anreize für die nächste Bewerbung setzen oder als Nachweis für das Praxismodul im universitären Alltag dienen

Gerade auf lokaler Ebene möchten Menschen miteinander in Kontakt kommen. Warum dies nicht für die Parteiarbeit nutzen? Von Parteien veranstaltete

6. Das Kapitel zur Individualisierung der Gesellschaft führt detailliert aus, warum dieser Weg heutzutage sehr schwierig ist.

Strategische Dialoge⁷ bringen verschiedene Akteure themen- oder programmspezifisch an einen Tisch. Die Vorteile:

- Unternehmer, Initiativen, lokale Funktionäre und interessierte Bürger werden miteinander vernetzt
- Unterschiedliche Multiplikatoren erhalten Raum für eine dialogorientierte Kommunikation zum jeweiligen Interessensfeld
- Die lokale Partei präsentiert sich als Ansprechpartner und Netzwerkagentur für die verschiedenen Akteure innerhalb der Stadt

Eine Willkommenskultur, kombiniert mit flexiblen Engagementmöglichkeiten, sollte für alle Parteien eine Priorität sein. So kann vor allem die Zielgruppe der gesellschaftlich aktiven Nichtmitglieder abgeholt werden. Zusätzlich zu diesen Zielen bedarf es einer etwas anderen Strategie beim Anwerben von Menschen, die sich politisches Engagement schwer vorstellen können, weil ihnen bspw. die Ressourcen fehlen. Diese Problematik und mögliche Herangehensweisen werden im nächsten Kapitel skizziert.

„Abgehängte Milieus“: Wer engagiert sich in Deutschland? Wer tut es nicht?

Mehr als ein Drittel der Bürgerinnen und Bürger üben zwar in Deutschland ein Ehrenamt aus⁸, die Anteile der Engagierten in der Bevölkerung sind je nach sozialem Umfeld allerdings sehr unterschiedlich. Schon regional lässt sich feststellen, dass in wohlhabenderen⁹ Bundesländern wie Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz

der Anteil derer, die ein Ehrenamt ausüben, deutlich höher ist als in weniger wohlhabenden Ländern wie Sachsen-Anhalt und Berlin.¹⁰

Ehrenamt sollte kein Privileg für Reiche und Gebildete sein.

Außerdem zeigen Studien, dass sich in „prekären“ Milieus am wenigsten Ehrenamtliche finden, was sich auch mit Beobachtungen zu potenziell engagierten Nichtmitgliedern überschneidet (siehe Kapitel 3). Diese Milieus lassen sich durch geringe Aufstiegschancen und niedrige Bildungsabschlüsse, Ressentiments und den Rückzug ins eigene Umfeld charakterisieren.¹¹ Ähnlich wie bei der Wahlbeteiligung, die geringer ist, je niedriger das sozioökonomische Milieu der Wahlberechtigten ist,¹² lässt sich also auch beim ehrenamtlichen Engagement feststellen, dass offensichtlich Hemmschwellen für Benachteiligte in der Gesellschaft existieren. Gesellschaftliche Verdrossenheit und Abgrenzung von anderen sozialen Milieus schaffen dafür Voraussetzungen; mehr Arbeitsbelastung und fehlendes soziales Kapital tragen ihr übriges bei. Für eine aktive, pluralistische Zivilgesellschaft ist jedoch Diversität wichtig, auch was die sozialen Strukturen betrifft – Ehrenamt sollte kein Privileg für Reiche und Gebildete sein.

Mit hoher Wahrscheinlichkeit unterscheiden sich die Hemmschwellen prekärer Milieus sehr stark von denen der potenziellen Ehrenamtlichen, die aufgrund von Individualisierung und erhöhter Mobilität momentan nicht mitmachen. Oft ist es eine Mischung aus materiellen und kulturellen Faktoren, die Menschen aus den sogenannten abgehängten Milieus davon abhält, in Parteien aktiv zu werden. Sprich: Es fehlen ihnen Geld und Zeit für Engagement, während sie sich unter Umständen gleichzeitig von bestimmten eingespielten Mustern innerhalb von Parteien abgeschreckt fühlen.

7. Siehe hierzu die Empfehlungen in Burmester, Hanno et al.: Die Partei 2025: Impulse für zukunftsfähige politische Parteien, Berlin 2015. Einsehbar unter www.parteireform.org

8. Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Hauptbericht des Freiwilligensurvey 2009. http://www.dza.de/fileadmin/dza/pdf/fws/BMFSFJ_2010_FWS_2009_Hauptbericht_Zusammenfassung.pdf, S. 4

9. Wohlstand lässt sich zum Beispiel über Studien wie das Bundesländerranking definieren: http://www.bundeslaenderranking.de/i_best_gesamt.html

10. siehe <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/195981/umfrage/engagementquote-nach-bundeslaendern/>

11. siehe „Das hat richtig Spaß gemacht“, Betterplace Lab, S. 25-26 https://www.ing-diba.de/imperia/md/content/pw/content/ueber_uns/aktionen/ehrenamtsstudie.pdf

12. siehe Schäfer, Armin et.al: Prekäre Wahlen, Bertelsmann-Stiftung 2013 <http://www.wahlbeteiligung2013.de/fileadmin/Inhalte/Studien/Wahlbeteiligung-2013-Studie.pdf>

2009 bekamen nur rund 23% der Freiwilligen eine Vergütung.¹³ Hier wäre es also möglich, anzusetzen, um Engagement nicht „zu teuer“ zu machen. Denkbar wären finanzielle Anreize wie Engagementstipendien. Denn politische Partizipation setzt nicht selten soziale Sicherheit voraus.

- Wenn für ein/e potenzielle/r Engagierte/r der Alltag vor allem aus finanziellen Sorgen, zeitlicher oder familiärer Belastung besteht, so kann durch Engagementstipendien die Mitarbeit nicht nur formal gewürdigt, sondern auch finanziell kompensiert werden.
- Ohne dass das Stipendium einen Vollzeitjob ersetzt, könnten mehr Menschen aus „abgehängten“ Milieus durch einen finanziellen Anreiz zum politischen Engagement bewegt werden. Wie auch bei den potenziellen Engagierten (siehe Kapitel 3) könnten gleichzeitig auch Zertifikate und Auszeichnungen bei Bewerbungen nützen.
- Diese Maßnahmen können nicht ersetzen, dass Menschen aus „abgehängten“ Milieus Wertschätzung erfahren sollten, durch ihr Engagement etwas bewirken zu können und nicht zuletzt auch für sich selbst ihr Umfeld zu verbessern.

Ganz unabhängig davon, in welchen Milieus Parteien für ein Engagement werben, kann es für sie lohnenswert sein, den Blick auf NGOs zu richten. Denn hier können sie einiges lernen, was den Umgang mit Freiwilligen und Flexibilität angeht, wie wir im Folgenden darstellen werden.

Annäherung an NGOs und Lernen von Best Practices

Was ist der Unterschied zwischen Engagement in einer NGO und Engagement in einer Partei? Abgesehen von den unterschiedlichen institutionellen Rollen, die NGOs und Parteien in einer Gesellschaft ausfüllen, lassen sich bestimmte Muster in der Art der Einbindung von Engagierten vergleichen. Dazu folgende These:

NGOs sind flexibler und priorisieren die Mitgliedschaft nicht so stark wie Parteien. Wer beispielsweise auf der Website von Greenpeace nach Engagementmöglichkeiten sucht, findet ein Angebot mit Beschreibungen von möglichen Tätigkeiten. Bei Internetauftritten von Parteien steht hingegen meist die Mitgliedschaft im Mittelpunkt, ohne dass deren Mehrwert und konkrete Aktivitäten gesondert ausgeführt würden.

Parteien sind keine NGOs und sollten auch nicht danach streben, welche zu werden.¹⁴ Ihre besondere politische Rolle und ihren Einfluss auf das gesellschaftliche Geschehen sollten sie selbstbewusst wahrnehmen. Dennoch kann es gewinnbringend für Parteien sein, sich NGOs für punktuelle Kooperationen anzunähern. NGOs sind meist durch einen inhaltlichen Schwerpunkt Anlaufstellen für Interessierte und Engagierte. Parteien könnten durch Inhalte definierte Gemeinschaftsprojekte organisieren, um für Engagierte aus NGOs eine interessante, zeitlich begrenzte Möglichkeit zu bieten, auf politischem Terrain mitzuwirken. Zum Beispiel könnte man sich eine mehrere Monate lang forschende Arbeitsgruppe zu einem relevanten politischen Thema vorstellen, die, von NGOs und Parteien gemeinsam angeleitet, aktive politische Arbeit leistet. So könnten Parteien einerseits einen besseren Überblick über die in der Bevölkerung bestehenden Bedürfnisse und Interessen erhalten und andererseits attraktiver auf potenzielle Mitgestalter und Mitgestalterinnen wirken (ohne NGOs ihre Mitglieder abwerben zu wollen). Sie könnten direkt ihrem Anspruch gerecht werden, politische Meinungsbilder zu kanalisieren und in die Politik zu tragen, und gleichzeitig von der Mitwirkung engagierter Menschen profitieren.

Das Freiwilligenmanagement im Wahlkampf funktioniert jetzt schon.

Abschließend bleibt zu betonen, dass Parteien auch aus den eigenen Ressourcen schöpfen können – und von eigenen positiven Vorreitern lernen sollten. In Wahlkämpfen beispielsweise funktioniert das Freiwilligenmanagement mitunter ziemlich gut. Es gibt Verteiler und Veranstaltungen für Interessierte, die sich engagieren möchten. Im Wahlkampf schafft es die Partei, den

13. Freiwilligensurvey, S.40

14. Vgl. hierzu die ausführlichen Ergebnisse dieses Projektes zum Thema NGOs, zu finden unter www.parteireform.org

Menschen zu zeigen, dass sich ihr Engagement lohnt. Diese Selbstwirksamkeitserfahrung bewegt die Leute dazu, mitzugestalten. Außerhalb des Wahlkampfs wird diese Angebotsseite stark vernachlässigt, was dem zeitraubenden politischen Alltag, aber auch fehlenden Ressourcen geschuldet ist. Parteien sind abseits des Wahlkampfs vor allem vor Ort überfordert, ein funktionierendes Freiwilligenmanagement bereitzustellen.

Hat die Partei diese Grundfragen für sich geklärt, sollte sie sich an Einzelmaßnahmen wagen und ihre Angebotsseite stärken. Der Trend schwindender Parteidentifikation, das Aufbrechen der sozialen Milieus und die Vielfalt an alternativen Möglichkeiten des Engagements kann nur die Konsequenz haben, mit offeneren Strukturen Menschen zum Mitmachen einzuladen, anstatt zu warten, dass diese sich in einem Anpassungsprozess von allein integrieren.

Fazit

Parteien müssen ihre Engagementstrukturen flexibilisieren, wenn sie weiterhin für Menschen in einer individualisierten Gesellschaft attraktiv sein wollen. Für verschiedene Zielgruppen potenzieller Engagierter sollten Angebote entstehen, die nicht gleich eine Parteimitgliedschaft voraussetzen.

Parteien müssen sich deshalb fragen:

- Sollten mehr (auch personelle) Ressourcen für die Freiwilligenarbeit bereitgestellt werden?
- Sollte es parteiinterne Schulungen und Weiterbildungen zum Thema Freiwilligenmanagement geben, in denen Einbindung und Umgang mit potenziellen Engagierten im Fokus steht?
- Wie viel Freiwilligenarbeit ist gewünscht und welche Grenzen der Meinungen und Einbringung soll es geben?
- Wie wirken wir als Organisation auf potenziell Engagierte? Fragen wir die Leute auch freundlich im Einzelgespräch, ob sie nicht mitgestalten wollen? Nutzen wir unseren Engagierten-Pool aus dem letzten Wahlkampf, indem wir die Menschen anrufen oder ihnen schreiben?
- Parteien sollten in diesem Kontext auch reflektieren, was viele engagierte Nichtmitglieder im Verhältnis zu vielen aktiven und auch passiven Mitgliedern bedeuten würden. In welche Richtung möchte man die Organisation aufstellen?

Die AutorenInnen*



©carloklein.de

Fabian Voß studiert Sozialwissenschaften in Düsseldorf und ist als Visiting Fellow aktiv im überparteilichen und interdisziplinären Projekt „Legitimation und Selbstwirksamkeit: Zukunftsimpulse für die Parteiendemokratie“ im Progressiven Zentrum.



©carloklein.de

Marie Wachinger ist Project Manager am Progressiven Zentrum. Sie hat in Amsterdam, Puebla (Mexiko) und an der London School of Economics Politikwissenschaften und Politische Theorie studiert. Praktische Erfahrung machte sie in der Forschung und Politikberatung sowie im Projektmanagement und Journalismus.

*Dieser Text ist hervorgegangen aus dem Projekt „Legitimation und Selbstwirksamkeit: Zukunftsimpulse für die Parteiendemokratie“, das gemeinsam von Heinrich-Böll-Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung und dem Progressiven Zentrum getragen worden ist. Die Meinung der Autoren ist nicht unbedingt Meinung der Trägerinstitutionen. Weitere Projekt-Ergebnisse finden Sie auf www.parteireform.org.

Über den Stiftungsverbund HEINRICH-BÖLL STIFTUNG STIFTUNGSVERBUND

Die *Heinrich-Böll-Stiftung* ist eine Agentur für grüne Ideen und Projekte, eine reformpolitische Zukunftswerkstatt und ein internationales Netzwerk. Im Rahmen des Verbundprojekts „Gut vertreten? Update für Demokratie“ befasst sie sich in Zusammenarbeit der Bundesstiftung und der 16 Landesstiftungen insbesondere mit *Repräsentation & Beteiligung*, der *Zukunft der Parteiendemokratie* und der *Inklusivität unserer Demokratie*.

Über die Konrad-Adenauer-Stiftung

Die *Konrad-Adenauer-Stiftung* ist Think Tank und politische Beratungsagentur mit mehr als 200 Projekten in über 120 Ländern. Mit der Arbeitsgruppe „Zukunft der Volksparteien“ und dem Leitmotiv „Farbe bekennen. Demokratie braucht Demokraten“ für das Jahresprogramm 2015 widmet sich die *Konrad-Adenauer-Stiftung* aktuell der Fragestellung, wie engagierte Akteure der Bürgergesellschaft einen modernen Zugang zu Parteiarbeit finden können.



Über das Progressive Zentrum

Das *Progressive Zentrum* ist ein unabhängiger und gemeinnütziger Think Tank mit Sitz in Berlin. Ziel des *Progressiven Zentrums* ist, neue Netzwerke progressiver Akteure unterschiedlicher Herkunft zu stiften und eine tatkräftige Politik für den ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt mehrheitsfähig zu machen. Dabei bezieht das *Progressive Zentrum* besonders junge VordenkerInnen und EntscheidungsträgerInnen aus Deutschland und Europa in progressive Debatten ein.



Die Discussion Papers des *Progressiven Zentrums* richten sich insbesondere an politische EntscheidungsträgerInnen und EntscheidungsvorbereiterInnen in Ministerien, Parlamenten und Parteien, aber auch an Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Ziel ist es, neue Entwicklungen aufzuzeigen und mit Denkanstößen für eine fortschrittliche und gerechte Politik progressive Debatten in Deutschland und Europa anzutreiben.

Impressum

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten des *Progressiven Zentrums* auch in Auszügen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

© Das Progressive Zentrum e.V., 2015
Ausgabe: September 2015
V.i.S.d.P.: Dominic Schwickert
c/o Das Progressive Zentrum e.V.
Werftstraße 3, 10577 Berlin

Vorsitzende: Dr. Tobias Dürr, Michael Miebach
Geschäftsführer: Dominic Schwickert

www.progressives-zentrum.org
mail@progressives-zentrum.org
www.facebook.com/dasprogressivezentrum
twitter: @DPZ_Berlin
Gestaltung: 4S und Collet Concepts
Layout: Daniel Menzel